

Liebe Genossinnen und Genossen,



die Sommerpause ist zu Ende und so langsam beginnt wieder das politische Geschäft. In der Sommerpause hat sich der geschäftsführende Kreisvorstand getroffen und die Termine für die Kommunalwahl 2013 besprochen und festgesetzt. Nicht nur in den Städten und

Gemeinden sind Kandidatenlisten und Wahlprogramme aufzustellen, nein, auch auf Kreisebene müssen wir uns darum kümmern. Dafür ist auch eure Hilfe gefragt und wird benötigt. Denn das Kommunalwahlprogramm des Kreises hat Auswirkungen auf alle Kommunen unseres Kreises. Deshalb bitte ich von dieser Stelle um eure Mitarbeit.

Neben der Kommunal- und Bundestagswahl wird uns das kommende Jahr einen weiteren Höhepunkt bescheren. Die SPD feiert 2013 ihren 150. Geburtstag und den 100. Geburtstag von Willy

Brandt. Diese Anlässe sollen auch uns Verpflichtung sein, im kommenden Jahr weitere Veranstaltungen durchzuführen. Ihr seht schon an diesen Beispielen, dass viel Arbeit vor uns liegt. Da bleibt mir nur noch zu sagen: „Viele helfende Hände sind der Arbeit schnelles Ende!“ ■

Rote Grüße

Euer

Lars Winter
Kreisvorsitzender

Aus dem Landtag

Das Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz wird aufgehoben

Gegen die Stimmen der Opposition hat die schwarz-gelbe Landesregierung in der letzten Legislaturperiode das Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz verabschiedet. Es sieht vor, dass sich bestimmte Kreise und Kommunen einem Konsolidierungsdiktat des Innenministeriums unterwerfen und für zehn Jahre ihre Haushaltsautorität verlieren. Zudem finanzieren im Wesentlichen die Kommunen die Konsolidierungshilfen. Diese Zusammenfassung ist zugegebenermaßen etwas zugespitzt dargestellt aber im Grunde trifft es den Kern.

Die Schleswig-Holstein-Koalition hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, dass das Kommunalhaushaltskonsolidierungsgesetz aufgehoben wird. Der Landesanteil an den Konsolidierungsmaßnahmen (15 Mio. Euro) soll dem Landeshaushalt wieder zugeführt werden. Es bleibt die Frage, wie die Kommunen in ihrer Not Unterstützung bekommen können. Die in unserem Regierungsprogramm ausgewiesene Rückführung der Einbehaltung aus dem kommunalen Finanzausgleich in Höhe von 120 Mio. Euro im Laufe der Legislaturperiode 2012-2017, konnte in den Koalitionsvertrag übernommen werden. So wird sich das Land an den Betriebskosten der Betreuung unter Dreijähriger beteiligen.

2013 fließen dazu zusätzlich 15 Mio. Euro. Der Kostenanteil des Landes wird bis 2017 auf 80 Mio. Euro steigen. Die bisher vorgesehene Steigerung der Krippenfinanzierung bleibt zusätzlich erhalten. Damit wird honoriert, dass die Kommunen für die Daseinsvorsorge verantwortlich sind. Es wird damit unterstützt, dass alle Kinder frühkindliche Förderung bekommen.

Die Landesregierung wird sich weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Bund die Kosten für Leistungsgesetze auf kommunaler Ebene sowie die Kosten der Unterkunft nach dem SGB II vollständig trägt.

Auf dem letzten Bundesparteitag der SPD im Dezember 2011 in Berlin wurde ein Finanzierungskonzept beraten und beschlossen, das bereits positive Auswirkungen auf die kommunalen Haushalte ausgelöst hat. So ist es in der Folge der Beschlussfassung gelungen, dass der Bund ab 2012 schrittweise die Kosten der Grundsi-

cherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit übernimmt. Die kommunalen Haushalte werden dadurch ab 2014 mit vier bis fünf Mrd. Euro entlastet. Damit ist eine vollständige Entlastung der kommunalen Haushalte nicht erreicht, da wir von einer Unterfinanzierung von acht bis neun Mrd. Euro ausgehen.

Es sind weitere Entlastungen erforderlich, wie z.B. die Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Dies ist der am stärksten wachsende Leistungsbereich zu Lasten der kommunalen Haushalte. Ziel ist es, vor Ort gleichwertige Lebenschancen, Inklusion, soziale Sicherheit und Zugang zu Bildung zu gewährleisten. Neben den vorgenannten Maßnahmen sollen ein Investitionspakt des Bundes und der Länder von mindestens zwei Mrd. Euro jährlich und ein Entschuldungspaket für die Kommunen dazu beitragen, dass die prekäre Haushaltssituation der Kommunen verbessert wird.

Zur Finanzierung dieses Konzeptes verweise ich auf die steuerpolitischen Beschlüsse auf dem schon erwähnten SPD Bundesparteitag in Berlin im Dezember 2011. ■

Lars Winter



Konsolidierung des Kreishaushalts

Im Rahmen der Bemühungen um eine Konsolidierung des Kreishaushalts schlägt die SPD Fraktion vor, § 10 Abs. 2 – Sozialklausel – der Schülerbeförderungssatzung in der Weise zu ändern, dass die Befreiung vom Eigenanteil von derzeit 60 € – bzw. 30 € für das zweite Kind – jährlich für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und SGB III aufgehoben wird.

Die betroffenen Schüler und Schülerinnen haben daraus letztlich aber keine Nachteile, da diese Eigenanteile im Rahmen der Leistungen für Bildung und Teilhabe u. a. vom Jobcenter zu Lasten des Bundes erstattet würden. Unser Kreis könnte so um überschlägig 50.000 € entlastet werden. Verwaltungstechnisch und organisatorisch kann diese Neuregelung wenig aufwendig vollzogen werden, da bereits jetzt laufend allen anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schülern halbjährlich zumindest die obligatorischen Zahlungen für den persönlichen Schulbedarf überwiesen werden müssen. Darüber hinaus übernehmen die

zuständigen Dienststellen für die Durchführung des Bildungs- und Teilhabepakets nach den bildungspolitisch fortschrittlicheren Bundesregelungen bereits jetzt sogar schon die notwendigen Fahrtkosten zum Besuch der allgemeinbildenden Schulen über die Sekundarstufe I hinaus bis hin zum 25. Lebensjahr. Es können daher die derzeitigen Verfahrensregelungen angewendet werden.

Die Schülerbeförderungskosten gehören im Sozialrecht zu den erweiterten Regelleistungen, für die im Rahmen des dazu eingeführten Programms für Bildung und Teilhabe der Bund die grundsätzlichen Regelungen und die Finanzierung übernommen hat. Es ist daher auch aus finanzpolitischen Gründen geradezu geboten, so zu verfahren, wie z. B. auch im Kreis Segeberg von Anbeginn praktiziert.

Wir bitten, eine Beschlussvorlage in den zuständigen Ausschuss für Natur, Umwelt, Bau und Verkehr sowie zur Mitarbeiterberatung in die weiter benannten Aus-

schüsse einzubringen mit dem Ziel, in der Kreistagssitzung am 4. 12. 2012 die Änderung der Schülerbeförderungssatzung wie vorgeschlagen zu vollziehen. Da uns keine konkreten Berechnungsdaten zur Höhe der Einsparung für den Kreishaushalt vorliegen, wird die Verwaltung gebeten, dieses z. B. über die zu erhebende Anzahl der nach § 10 Abs. 2 Schülerbeförderungssatzung anspruchsberechtigten Fahrschüler im Kreis nachzuvollziehen. Als Zeitpunkt der Neuregelung käme das kommende Schulhalbjahr oder aber der Beginn des nächsten Schuljahres in Frage.

Dieser Vorschlag berücksichtigt die derzeitige Rechtslage. Sollten sich in nächster Zeit, wie politisch in Aussicht gestellt, die Rechtsgrundlagen für die Erhebung von Schülerbeförderungskosten ändern, behält sich die SPD Fraktion die dann aus ihrer Sicht notwendigen Anträge vor. ■

B. Klinke
Fraktionsvorsitzender

Zeitplan für das Kommunalwahlprogramm der SPD Ostholstein

Am 26. Mai 2013 sind die Wählerinnen und Wähler in Schleswig-Holstein aufgerufen ihre Kommunalparlamente neu zu wählen. Zuvor haben die Parteien die Aufgabe, unter anderem ihre Wahlprogramme aufzustellen. Je größer die kommunale Einheit ist, desto mehr organisatorischer Aufwand ist zu betreiben.

Der SPD Kreisvorstand ist für die Aufstellung des Wahlprogramms auf Kreisebene zuständig. In drei Arbeitsgruppen wollen wir die Vorarbeiten leisten. Grundlage für die Arbeitsgruppen ist unser Wahlprogramm für die Periode 2008-2013 und das Regierungsprogramm zur Landtagswahl 2012 der SPD Schleswig-Holstein.

Auf der kommenden Sitzung des Kreisvorstands am 20. August 2012 werden wir über die Aufteilung der Themen beraten und beschließen. Die Vorstandsmitglieder und die Mitglieder der Kreistagsfraktion arbeiten in den Gruppen gemeinsam.

Alle Genossinnen und Genossen aus den Ortsvereinen und den Arbeitsgemeinschaften sind herzlich eingeladen und ge-

radezu aufgefordert in den Arbeitsgruppen mitzuarbeiten. Die Arbeitsgruppen arbeiten zeitgleich an einem gemeinsamen Sitzungsort in unterschiedlichen Räumen. Zum Schluss der Sitzung werden die Ergebnisse einer jeden Arbeitsgruppe allen Anwesenden mitgeteilt.

Die Sitzungen der Arbeitsgruppen finden am 7. September,
28. September und
2. November statt.

Die Sitzungsorte werden euch noch bekannt gegeben.

Das Wahlprogramm 2013-2018 soll gemeinsam mit der KandidatInnenliste auf einem außerordentlichen Kreisparteitag in Verbindung mit der Wahlkreisdelegier-

tenkonferenz am Samstag, den 23. Februar 2013, in der Zeit von 10.00 bis 16.00 Uhr im Schützenhof Oldenburg beraten und beschlossen werden. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass die Delegierten zu dieser Wahlkreisdelegiertenkonferenz erst dann in den Ortsvereinen gewählt werden dürfen, wenn der Kreis Ostholstein die neuen Wahlbezirke öffentlich bekannt gemacht hat. Die Kreisgeschäftsstelle wird euch unterrichten, wenn das der Fall ist.

Für Rückfragen steht euch die Kreisgeschäftsstelle zur Verfügung. ■

Euer
Lars Winter

Impressum

SPD Kreisverband Ostholstein
Lübecker Straße 6, 23701 Eutin
Telefon 04521 - 59 57
kv-ostholstein@spd.de

www.spd-ostholstein.de
Schlussredaktion: Beate Müller-Behrens
V.i.S.d.P.: Kreisvorsitzender Lars Winter

Wir freuen uns über Artikel an Beate Müller-Behrens unter beatemuellerbe@

yahoo.de, cc an Lars Winter unter winter.mdl@aol.de, gerne mit dem Betreff OH-Brief und einem weiteren Stichwort zum Thema des Artikels. Wir veröffentlichen auch Kleinanzeigen für OV's und AG's mit Angeboten und Gesuchen. ■

Jusos rufen zur Unterstützung auf!

Mitgliederentscheid zur Vorratsdatenspeicherung



„Das Internet darf kein rechtsfreier Raum sein!“ Dieses Argument hört man im politischen Diskurs immer wieder. Meist ist es nichts anderes als ein Indiz dafür, dass Politiker_innen schlichtweg nicht verstehen, worum es in der aktuellen Debatte geht, also schlichtweg eine leere Floskel.

Grade als junger Mensch hat man dieses Gefühl des „nicht-verstanden-Werdens“ auch in der Diskussion um die Vorratsdatenspeicherung.

Vorratsdatenspeicherung, was ist das eigentlich?

Im Kern geht es darum, wie lange (und ob überhaupt!) Telekommunikationsunternehmen ohne begründeten Anfangsverdacht die Verbindungsdaten von Teilnehmer_innen vorhalten müssen. Vor allem Innenpolitiker_innen verschiedener Parteien fordern regelmäßig Regelungen, die den Sicherheitsbehörden einen weiten Spielraum lassen. Ein Kurs, den in der Vergangenheit auch die SPD unterstützt hat, zumindest aber der Parteivorstand. Viele dieser Beschlüsse – und dies zu kritisieren fällt aus dem Rückblick umso leicht-

ter – waren getragen von der Angst nach dem 11. September 2001. Mittlerweile hat sich die Diskussion zu Fragen der inneren Sicherheit jedoch wieder versachlicht und Stück für Stück halten auch Begriffe wie „bürgerliche Freiheit“ in die Debatte Eingang.

Auch die neue Regierung in Schleswig-Holstein hat die Zeichen der Zeit erkannt und hält in ihrem Koalitionsvertrag fest:

„Die Vorratsdatenspeicherung ist ein hochproblematischer Eingriff in die Grundrechte. Deshalb werden wir uns auf Europa- und Bundesebene im Bundesrat und der Innenministerkonferenz gegen jede Form der Vorratsdatenspeicherung einsetzen.“

Auch der Landesparteirat hat sich im vergangenen Jahr darauf zurück besonnen, dass die Freiheit einer unserer sozialdemokratischen Grundwerte ist und folgerichtig einen Beschluss gegen die Vorratsdatenspeicherung gefasst.

Anders sieht es allerdings auf Bundesebene aus. Nach wie vor halten zahlreiche Vertreter_innen der Parteispitze an der Vorratsdatenspeicherung fest.

Mitgliederbegehren

Als Reaktion darauf ist nun ein Mitgliederbegehren gegen die Vorratsdatenspeicherung gestartet worden, das zu einem Umdenken führen und die Bedenken zahlreicher Parteigliederungen berücksichtigen soll. Leider ist die Teilnahme an diesem Begehren (symbolisch für die steinzeitliche Einstellung von Teilen der Partei) nur mit handschriftlich unterschriebenen Listen via Post möglich, was den Erfolg gefährdet. Einsendeschluss ist der 24. Oktober 2012.

Darum rufen die Jusos Ostholstein jede Genossin und jeden Genossen auf, das Begehren zu unterstützen. Es geht um die Freiheit aller Internetnutzer_innen ebenso, wie um die Rückbesinnung unserer Partei auf ihre Grundwerte.

Unterschriftenlisten für den eigenen Ortsverein, die Fraktion vor Ort oder auch einfach nur sich selbst finden sich mit weiteren Infos unter www.sozis-gegen-vds.de/. ■

Niclas Dürbrook

Kreisvorsitzender der Jusos Ostholstein

Wir leben Europa

Bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr kam es am Sonntag, dem 24. Juni 2012, zu einem Treffen zwischen Vertretern der Jusos Ostholstein und der dänischen Schwesterorganisation DSU auf Fehmarn. Langfristiges Ziel der beiden Organisationen ist eine verstärkte Zusammenarbeit über den Fehmarnbelt hinaus.



Ostholstein und Seeland rücken näher zusammen. Die Jusos Ostholstein und die Jugend der sozialdemokratischen Partei Dänemarks (DSU) nahmen sich die kontroverse Diskussion über die mögliche Beltquerung zum Anlass eigene Pläne für eine gemeinsame Zukunft im Ostseeraum zu schmieden. Nach dem Ausarbeiten einer gemeinsamen Linie wurden bei einem Treffen im März die ersten Weichen gestellt. Auf der Fähre zwischen Puttgarden und Rødby trafen sich damals je drei Vertreterinnen und Vertreter der Parteijugend, um über die weitere Zusammenarbeit zu

beraten. Am 24. Juni wurde dann bei einem zweiten Treffen der nächste gemeinsame Schritt gegangen.

„Europa ist für uns mehr als nur ein kompliziertes Thema, über das wir abstrakt diskutieren. Wir wollen europäische Integration leben und fangen vor unserer Haustür damit an“, so der Juso-Vorsitzende Niclas Dürbrook. Ein wichtiger Punkt war grenzübergreifende Vernetzung und Unterstützung, sowie gemeinsame Treffen und ein Partnerschaftskonzept im Rahmen eines EU-Projektes.

„Wir wollen wissen wie unsere Genos-

sen in Deutschland arbeiten und so gut es geht mit ihnen zusammenarbeiten“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der DSU in der Region Seeland, Cecillie Marie Kildegaard.

Der Grundstein einer wertvollen Freundschaft ist gelegt und die ersten Schritte zeigen, dass ein Europa ohne Grenzen nicht nur auf dem Papier Bestand hat, es lebt auch in den Köpfen und Herzen der jungen Leute. ■

Yannick Ashby

Pressesprecher der Jusos Ostholstein

Bewerbung für 10 unter 24

Noch bis zum 23. August

Bei diesem Projekt zur Mitgliederwerbung mit einem Politikpraktikum für zehn TeilnehmerInnen unter 24 Jahren ist die Resonanz bisher gering, obwohl seit Mai dafür geworben wird.

Den PraktikantInnen wird über zwei Monate Einblick in die Politik gewährt. Die Höhepunkte dieses Politikpraktikums sind Einladungen nach Kiel und Berlin. Ich möchte daher alle Leser bitten sich nach weiteren Kandidaten im Verwandtschafts- oder Freundeskreis umzuschauen.



Wenn ihr also jemanden kennt der zwischen 16 und 24 Jahren alt ist, zwischen dem 15. September und dem 23. November Zeit hat und sich für Politik interessiert schlägt demjenigen bitte dieses Projekt vor. Um teilzunehmen müssen sich Interessierte unter der Emailadresse hannes_maertens@web.de bewerben. Die Mail sollte bis zum 23. August eintreffen und neben der Adresse der Bewerberin/des Bewerbers auch eine kurze Begründung enthalten warum sie/er einen Platz bekommen sollte. ■

Hannes Märtens
Projektkoordinator

Juso-Sommerncamp im Kreis Segeberg

Auch in diesem Jahr veranstaltete der Juso-Landesverband in den Sommerferien sein Sommerncamp. Vom 26. bis 30.07 trafen sich über 30 Jungsozialist_innen in Klein Rönau am Segeberger See, um inhaltlich zu arbeiten, interessante Gäste zu treffen und gemeinsam Spaß zu haben.

Anders als in den Vorjahren setzten wir in diesem Jahr voll aufs Festival-Feeling und baten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eigene Zelte mitzubringen. Der Landesverband organisierte dann zusätzlich noch große Gruppenzelte für die Workshop-Phasen (ein herzlicher Dank geht dabei an die Genoss_innen von den Falken), kümmerte sich um die Verpflegung und interessante Referenten und schon stand einem gemütlichen und produktiven Sommerncamp nichts mehr im Wege.

Inhaltlich wurde mit dem Camp der Startschuss für mehrere große Projekte gegeben, die uns im restlichen Jahr begleiten

werden. Im Einzelnen wollen wir uns näher mit dem Verhältnis zwischen EU und Türkei, sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik, unseren Nachbarn in Skandinavien und einer besseren Beteiligung von Menschen an der Politik beschäftigen. Zu allen Themen fanden spannende Diskussionen und Workshops statt.

Dass wir mit dem Wetter nicht durchgehend Glück hatten musste auch der SPD Landesvorsitzende Ralf Stegner am eigenen Leib erfahren. Mitten in einer spannenden Diskussionsrunde zum sozialdemokratischen Grundwert Gerechtigkeit sahen wir uns aufgrund von Starkregen

und Gewitter gezwungen spontan ins Trockene zu wechseln. Dabei war die Diskussion auch zu diesem Zeitpunkt durchaus kontrovers. Geschlechtergerechte Sprache vs. Einfachheit, quotierte Redelisten vs. ordentlicher Debatten, nicht zuletzt natürlich auch das Thema Vorratsdatenspeicherung. Wieder einmal wurde deutlich, die Jusos verfolgen eigene Wege, nicht immer sind wir auf einer Linie mit dem älteren Teil der Partei, aber das ist auch gut so.

Trotz der Wetter-Kapriolen war die Resonanz der Teilnehmenden am Ende durchweg positiv. Auch von Seiten der Ostholsteiner Teilnehmer können wir sagen: Wir freuen uns aufs nächste Jahr! ■

Niclas Dürbrook
stv. Landesvorsitzender und
Kreisvorsitzender der Jusos



Ralf viel es sichtbar schwer die guten Argumente der Jusos zu entkräften